

Klimafragen sind Gesellschaftsfragen: Rezension zu "Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht" von Jens Beckert

Vogel, Berthold

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vogel, B. (2024). Klimafragen sind Gesellschaftsfragen: Rezension zu "Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht" von Jens Beckert. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93692-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Berthold Vogel | Rezension | 19.03.2024

Klimafragen sind Gesellschaftsfragen

Rezension zu „Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert



Jens Beckert

Verkaufte Zukunft . Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht

Deutschland

Berlin 2024: Suhrkamp

238 S., 28,00 EUR

ISBN 978-3-518-58809-3

Am 8. September 2019 erschien in der Zeitschrift *The New Yorker* der Essay *What if We Stopped Pretending*. Versehen war der kurze Text mit einem langen und provokativen Untertitel: *The climate apocalypse is coming. To prepare for it, we need to admit that we can't prevent it.*¹ Für diesen Aufsatz erhielt sein Verfasser, der Schriftsteller Jonathan Franzen, wütende bis hasserfüllte Reaktionen aus der Klimaschutzbewegung. Der freundlichste Vorwurf lautete, er sei Fatalist, manche vermuteten gar, er sei ein verkappter Leugner des Klimawandels. Die Weigerung Franzens, in das Mantra von Einsicht, Hoffnung und Umkehr einzustimmen, sorgte ebenso für Verdruss wie sein Plädoyer für Machbarkeit und Realitätssinn. Seit Jahrzehnten lebt die internationale Klimapolitik vom politisch-medialen Sound, jetzt sei die letzte Gelegenheit, die Katastrophe aufzuhalten. Das war in den 1990er-Jahren nicht anders als 2024. Doch die „letzten Gelegenheiten“ sind längst verstrichen. Und nicht nur das: Während vom chinesischen Diktator über die Konzernlenker bis zu den schulstreikenden Pennälern alle ihre Sorge über den Zustand des Planeten in die Mikrofone sprechen und suggerieren, wenn wir uns nur alle anstrengen würden, dann sei die Klimarettung nah, steigen Jahr um Jahr die Emissionen und der Energiehunger, zugleich eskalieren der Artenverlust und die Zerstörung der

Lebensgrundlagen.

Keine substanzielle Wende, nirgends. Im Gegenteil: Das seit Jahrzehnten proklamierte 1,5-Grad-Ziel der Erderwärmung ist nicht mehr zu halten. Die Kippunkte sind überschritten. Wann hören wir also auf, uns etwas vorzumachen? Diese Frage von Jonathan Franzen zum Gegenstand von Politik zu machen, wäre schon ein großer Gewinn. Doch Franzen argumentiert ja keineswegs nur für Pragmatismus oder die Einsicht in das Unabwendbare; er geht viel weiter – weiter noch als die Klimabewegung selbst. Denn er beklagt nicht wortreich und folgenlos die geklaute Zukunft, sondern fordert im Angesicht der gegenwärtigen ökologischen Verheerungen und klimakatastrophischen Zustände eine aktive, investive Politik der infrastrukturellen Resilienz und des sozialen, demokratischen Ausgleichs. Es gilt, die längst bestehende tiefe Krise zu gestalten, ohne dabei politische Freiheit zu verlieren, auf sozialen Ausgleich und Gemeinwohl zu verzichten. Die ökologische Verwüstung des Planeten darf keinesfalls durch seine soziale Verwüstung noch potenziert werden. Darüber gilt es nachzudenken, so Franzen, hierfür braucht es rasche politische Aktivität, die soziale Spaltung oder politischen Autoritarismus als Folgen des Klimawandels abwendet.

Wandel in gestressten Gesellschaften

Damit wären wir bei den Sozialwissenschaften, die für das Wissen um die Begrenzung und Gestaltung der ökologischen Krisen und Devastierungen von zentraler Bedeutung sind, sich aber bislang nur sehr begrenzt eine Stimme in der Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte verschafft haben. Dabei sind die Klimakatastrophe und der dramatische Verlust ökologischer Ressourcen (Luft, Boden, Wasser) soziale Fragen *par excellence*. Die Dekarbonisierung der fossilen globalen Ökonomie ist nicht nur eine technologische Herausforderung, sondern eine Provokation unseres habitualisierten Arbeits- und Lebensalltags. Klimafragen sind Gesellschaftsfragen. In der Anwendung klimapolitisch wirksamer Maßnahmen kommen grundlegende Funktions- und Stabilitätsprinzipien sozialer Ordnung auf den Tisch, also Wachstum und Konsum, Rendite und Profit oder räumliche und soziale Mobilität. Hier sind die Gesellschaftswissenschaften gefragt, und exakt an dieser Stelle setzt das neue Buch von Jens Beckert mit großer Klarheit, luzidem Sachverstand und aufgeklärtem Pragmatismus an. Es hebt sich damit ab von der apokalyptischen Erbauungsliteratur à la Neubauer, Göpel oder im schlimmsten Fall Welzer, die ja alle für sich beanspruchen, den Niedergang der Zivilisation klar vor Augen zu haben, aber zugleich auch das rettende Rezept offerieren zu können.

Beckert bleibt von all diesen Attitüden gänzlich unberührt und führt uns durch die ökonomischen und soziologischen Wirklichkeiten moderner, auf dem exzessiven Verbrauch von fossiler Energie gegründeter Wachstumsgesellschaften: „Mein Szenario malt nicht den zivilisatorischen Zusammenbruch an die Wand, geht jedoch davon aus, dass der fortschreitende Klimawandel den [...] ‚sozialen Stress‘ und damit die gesellschaftlichen Konflikte weiter erhöhen wird“ (S. 18). Vor dem Hintergrund zunehmend gestresster Gesellschaften prüft der Autor, welche Chancen der Kampf gegen den Klimawandel hat und welchen Realitätsgehalt die Idee eines *green capitalism* hätte.

Was wir in „Verkaufte Zukunft“ zu lesen bekommen, stimmt allerdings nicht hoffnungsfroh. So richtet sich das Interesse von Unternehmen auch in Zeiten von Klimadebatten primär an profitablen Geschäften und wachsenden Renditen aus. Strategien des *greenwashing* kaschieren Geschäftsmodelle des Weiter-so. Nicht viel besser sieht es auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger aus. Sie mögen zwar in Umfragen der Notwendigkeit von Klima- und Naturschutz zustimmen, doch das Thema ökologische Transformation bringen sie in erster Linie mit Wohlstandsverlusten in Verbindung. Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten, E-Mobilität oder private Photovoltaikanlagen zu nutzen, sozial sehr ungleich verteilt sind. Im Hintergrund irrlüchert schließlich eine staatliche Politik, die es – zumindest seit einigen Jahren – oft gut und ernst mit dem Klimaschutz meint, aber der dann doch die fiskalischen Ressourcen, das politische Führungsvermögen und die Kommunikationskompetenz fehlen, um sich in den komplexen Verstrickungen der wirtschaftlichen und sozialen Interessen behaupten zu können.

Die Fakten bleiben unerbittlich: 87 Prozent der weltweit verbrauchten Primärenergie stammen aktuell aus fossilen Brennstoffen. Seit dem Jahr 2000 (man erinnere sich an die Weltklimakonferenzen und die dort in Aussicht gestellten Kipp- und Wendepunkte), stieg der weltweite Konsum an fossiler Energie um 45 Prozent. Autokonzerne gehen davon aus, dass im Jahr 2040 noch weit mehr als die Hälfte der auf der Welt betriebenen Fahrzeuge mit Verbrennermotoren unterwegs sein werden als gegenwärtig. Und die Flotte der Fahrzeuge wächst und wächst. Alle Fakten deuten darauf hin, dass der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.

Beckert seziert in neun knappen und faktenreichen Kapiteln („Big Oil“, „Der zögernde Staat“, „Planetare Grenzen“ etc.) die grundlegenden Konfliktlinien, die mit der Klimafrage als gesellschaftlicher Herausforderung verknüpft sind. Aus seiner Sicht geht es „um den Marktkampf zwischen fossilen und dekarbonisierten Geschäftsmodellen, um politische Widerstände gegen die mit der Transformation verbundenen Kosten für private Haushalte,

um fehlende Budgetmittel, die die mögliche staatliche Unterstützung begrenzen, um hohe Finanzierungskosten, vor allem in den Ländern des globalen Südens, um die Renditeerwartungen privater Investoren und schließlich auch um ideologische und kulturelle Vorbehalte“ (S. 151).

Darüber hinaus liefert Beckert quasi *en passant* immer wieder Informationen, die das Bild weiter verdüstern. So berichtet er, dass Ägypten für Deutschland seit 2022 ein zentraler Flüssiggaslieferant geworden ist, der aufgrund der dadurch entstehenden Engpässe im heimischen Markt damit beginnen musste, Altöl in seinen Kraftwerken zu verfeuern, um die Energieversorgung des eigenen Landes vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das Beispiel zeigt neben vielen anderen, wie wenig sich an den Grundlinien globaler Energiepolitik geändert hat. Die Strategie der Externalisierung von Lasten und Risiken ist ein nach wie vor bewährtes Modell. Oder schauen wir nach Ecuador. In den 2000er-Jahren war die dortige Regierung bereit, Ölvorkommen in einem Nationalpark nicht auszubeuten, wenn sie dafür von der Weltgemeinschaft Kompensationszahlungen erhält. Zugesagt wurden Ecuador 3,6 Milliarden US-Dollar, bis 2013 kamen lediglich 13 Millionen zusammen, „weniger als ein halbes Prozent der vereinbarten Summe. Ecuador entschied sich daraufhin, die Förderung zuzulassen, und 2016 floss das erste Öl. [...] Das Fehlschlagen dieses Experiments verweist auf ein systematisches Problem einer kapitalistischen Wirtschaft, wenn es um den Klimaschutz geht: Geld verdienen lässt sich mit der Extraktion von Rohstoffen, nicht aber mit dem Erhalt eines Gemeinschaftsgutes durch die Nichtnutzung der Ressource“ (S. 105).

Der toxische Dreck der sauberen Energien

Kurzum, Beckerts Darstellung all dieser finanziellen Hürden, infrastrukturellen Blockaden, globalen Ungerechtigkeiten und kulturellen Hemmnisse wirkt im Ergebnis – sagen wir es deutlich – niederschmetternd. Nichts deutet darauf hin, dass die Weltgemeinschaft nur den Hauch einer Chance haben wird, Klimawandel, Artensterben und Naturkatastrophen in den Griff zu bekommen, wenn Prozesse und Produkte, Handlungsmuster und Strategien so bleiben, wie sie sind. Dabei ist die Zahl der Sackgassen, in denen sich die globale Umwelt- und Klimapolitik befindet, beachtlich. No way out. *Green capitalism* ist eine Illusion, ja ein Widerspruch in sich selbst, so Beckert. Schrumpfungstrategien bieten keine Antwort auf Fragen von Zusammenhalt und sozialer Demokratie. Sie ignorieren, dass Wachstum und Konsum wesentliche Bindekräfte moderner Gesellschaften sind. Der kulturelle oder mentale Wandel, der in der Etablierung einer „ökologischen Klasse“ im Sinne des Soziologen Bruno Latour² enden könnte, scheint sehr weit entfernt. Und eine ganz

praktische arbeits- und professionssoziologische Frage steht auch noch im Raum. Transformation schön und gut: Doch wo sind selbst hierzulande die Handwerker und Ingenieure, die die Dekarbonisierung bewerkstelligen sollen, wann können die Stromtrassen gebaut und die Wasserstoffinfrastrukturen installiert werden und wer genau wird die Aber-Milliarden für eine Energie- und Wärmewende am Ende aufbringen?

Erschwerend kommt hinzu, so Beckert, dass wir uns mit Blick auf Klima- und Naturschutz in Selbsttäuschungen und Lebenslügen verstrickt haben. Die ökologische Transformation ist ein Meisterstück der sozialen, kulturellen und ökologischen Externalisierung. Ein besonders eindrückliches Beispiel sind E-Mobilität und Photovoltaikanlagen. Sie gelten hierzulande als Ausweis grünen Denkens und Handelns. Doch ihre Voraussetzungen sind ökologisch und sozial verheerend: „Während in Europa und den USA auf den Hausdächern Photovoltaikanlagen installiert werden, ersticken die rohstoffproduzierenden Länder im globalen Süden im toxischen Dreck der ‚sauberen‘ Energien. Und wenn die Solarpaneele nach 20 Jahren ausgetauscht werden, fallen riesige Mengen Sondermüll an [...]. Auch die Herstellung der Batterien für die Elektromobilität ist eine schmutzige Angelegenheit [die] nach immer neuen Opferzonen der Umweltverschmutzung verlangt. [...] So wird ein Teilaspekt der globalen Nachhaltigkeitskrise, die Erderwärmung, auf Kosten eines anderen Teils dieser Krise, der Umweltverschmutzung, ‚gelöst‘. Überdies haben die Umweltfolgen profunde Auswirkungen auf das Leben der in den Abbaugebieten lebenden Bevölkerung. Den rohstoffliefernden Ländern im globalen Süden kommt die Rolle zu, die Energiewende im globalen Norden auf Kosten ihrer eigenen Umwelt und der Zerstörung lokaler Kulturen zu ermöglichen“ (S. 170 f.).

Beckert geht es in seiner Argumentation nicht darum, die Energiewende zu verhindern, die uns von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreit und insofern klimafreundliche Effekte hat. Aber der *Green Deal* ist kompliziert und steckt voller Widersprüche. Die Formel, dass wir böse Energie (Öl und Gas) durch gute Energie ersetzen, greift so nicht. Es gibt daher keinen Grund, sich moralisch auf der richtigen Seite der Welt zu wähnen, nur weil man jetzt genauso viel Auto mit Batterieantrieb fährt wie zuvor mit einem Dieselmotor. Der Ausweg und die Lösung sind weniger individuelle Mobilität und mehr sowie besser funktionierende öffentliche Verkehrsmittel.

Vom Lokalen her denken

Wo also bleibt die Hoffnung? Kehren wir noch einmal zu Jonathan Franzen zurück. Er zeigt zwei Wege auf: Entweder wir hoffen weiter von Klimakonferenz zu Klimakonferenz, dass

sich die Katastrophe des Klimawandels verhindern lässt und werden angesichts der Trägheit der Welt immer frustrierter, wütender, verzagter und am Ende fatalistischer. Für diese exponentielle Frustrationssteigerung liefert Beckerts Studie Beispiele in großer Zahl. Oder – so Franzen – wir nehmen in gewissem Sinne das Unheil an und denken darüber nach, „was es heißt, Hoffnung zu haben“.³ Hilft das Buch von Jens Beckert in dieser Hinsicht weiter? Zumindest lässt uns der Autor nicht ganz und gar hoffnungslos zurück. Doch vor der Hoffnung kommt der soziologische Realismus.

Wer Beckerts Analyse ernst nimmt, muss sich von zwei Dingen verabschieden: erstens vom 1,5-Grad-Ziel, das nicht mehr erreicht werden kann;⁴ zweitens von der Vorstellung, eine Energie-, Wärme- und Mobilitätswende könnte binnen einer Dekade gelingen. Eine solche zeitlich in jeder Hinsicht unrealistische Agenda führt nicht nur zur Frustration aller Akteure, sie zerstört auch das Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit und die Legitimität demokratischer Institutionen. Wer nicht einlösbare Ziele des Wandels vorgibt, bereitet Demagogen den Weg. Die Frage von Jonathan Franzen „Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen?“ zielt genau auf diesen Punkt: Unter dem Druck nicht einzuhaltender Zeitmargen der Transformation laufen wir Gefahr, politische Freiheit, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Partizipation zu opfern – von den ökologischen Verlusten und dem weiteren Raubbau an Natur und Artenvielfalt ganz zu schweigen.

Und die Hoffnung? Sie liegt im Lokalen und in einer klugen Politik des Containments und der Resilienz.⁵ Das alles, so Beckert, erfordert einen handlungsfähigen und handlungsbereiten Staat. Klimapolitik muss zugleich Sozial- und Strukturpolitik sein. Es geht um den Auf- und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge, die im lokalen Kontext Konzepte einer Wohnungs-, Verkehrs- oder Energiepolitik entwickelt, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht wird. Die Angemessenheit einer solchen klimaorientierten Daseinsvorsorge zeigt sich beispielsweise in der Etablierung einer regionalen Kreislaufwirtschaft oder Stadtbegrünung, die die wirtschaftliche Wertschöpfung ebenso steigert wie die kommunale Lebensqualität. So finden Klimapolitik und ökologische Transformation Resonanz. Bei lokalen Ansätzen geht es daher zum einen um finanzielle, aber auch um politische und moralische Ressourcen. Es braucht Engagement vonseiten des Staates, von (lokalen) Unternehmen, von der Zivilgesellschaft vor Ort; Engagement für resiliente Infrastrukturen, die die Folgen des Klimawandels abmildern und eindämmen. Es geht um eine Politik der Begrenzung, die angesichts der schon heute sichtbaren, klimabedingten Verwundbarkeit unserer Gesellschaften lokale Schritte unternimmt, die nicht ohne globale Folgen bleiben, zumal sie an jedem Ort dieser Welt gemacht werden können.

Diese Perspektiven, die über den betrüblichen Jetzzustand der Klimapolitik hinausweisen, bleiben bei Beckert allerdings nur im Ungefähren. So hinterlässt die Lektüre den Eindruck, dass er einer klima- und umweltpolitischen Strategie, die vom Lokalen her denkt, doch nur recht wenig zutraut. Möglicherweise unterschätzt er hier – wie so viele in den Gesellschaftswissenschaften – die Relevanz des Kommunalen und die Stärke der Virtuosinnen und Virtuosen des Wandels, die aus der Peripherie kommen und die sich nicht damit abfinden wollen, dass ihre Zukunft bereits verkauft ist.

Endnoten

1. www.newyorker.com/culture/cultural-comment/what-if-we-stopped-pretending
2. Bruno Latour / Nikolaj Schultz, Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum, aus dem Französischen von Bernd Schwibs, Berlin 2022.
3. Jonathan Franzen, Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen. Übers. von Bettina Abarbanell, Hamburg 2020, S. 22.
4. Die EEA geht in ihrem aktuellen Report von Anfang März 2024 davon aus, dass Europa bis zum Jahr 2100 mit einem Temperaturanstieg von kolossalen 5 Grad ausgehen muss. Dringend gefordert wird eine Strategie, mit den damit verbundenen Risiken präventiv umzugehen, siehe: <https://www.eea.europa.eu/publications/european-climate-risk-assessment> (18.03.2023).
5. Vgl. auch Berthold Vogel, „Klimapolitik geht nur sozial!“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9(2023), S. 17–20.

Berthold Vogel

Prof. Dr. Berthold Vogel ist seit 2015 Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität. Seine thematischen Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in der Soziologie staatlicher Ordnung, in der Analyse öffentlicher Güter sowie der vielfältigen Welt der Erwerbsarbeit.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Jens Bisky.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/klimafragen-sind-gesellschaftsfragen.html>